SOMALIA

Flucht nach Mekka

Äthiopische Truppen haben die Islamisten vertrieben. Nun droht der Übergangsregierung andere Gefahr: Die Warlords kehren zurück und rüsten wieder auf.

JOHN COWPLAND / AP

Beratung der Übergangsregierung bei Mogadischu*: *„Als letztes Mittel gibt es immer Gewalt“*

Auf der holprigen Staubpiste von Mogadischu nach Süden rollen lange Konvois der äthiopischen Armee: 20, 30 mit schwerbewaffneten Soldaten vollgepackte Laster, die 152-Millimeter-Mörser und Haubitzen hinter sich herschleppen. Dann und wann wirft einer der staunenden Dörfler am Wegesrand den fremden Soldaten ein Stück Obst hinauf, dann und wann recken sie aber auch die Fäuste und spucken in Richtung der Eroberer.

Innerhalb weniger Tage haben die Truppen aus dem Nachbarland die somalische Hauptstadt Mogadischu eingenommen, die Hafenstadt Kismaju besetzt und das Handelszentrum Dschauhar befreit. Nun setzen sie den flüchtenden islamistischen Kämpfern weiter in Richtung Süden nach. Manche Fundamentalisten verschanzten sich zuletzt im Ort Raskamboni, oder sie versuchten, sich über die Grenze nach Kenia durchzuschlagen.

Die meisten jedoch haben auf den von ihren Führern ausgerufenen Dschihad verzichtet, ihre Waffen niedergelegt und sich unter die Zivilisten gemischt, während andere auf morschen Kähnen Richtung Jemen davongesegelt oder noch rechtzeitig vor dem Einmarsch zur Hadsch nach Mekka gepilgert sind. Mit Kriegsschiffen wollen die USA nun weitere Absetzbewegungen über die See verhindern.

Somalia, der Trümmerhaufen am Horn von Afrika, ist nun fast widerstandslos in die Hand seines Erzfeindes Äthiopien gefallen, und noch ist es ruhig auf den Straßen. Nur einige hundert empörte Somalier rafften sich bisher auf, gegen die Äthiopier zu demonstrieren, ein paar Steine zu werfen und vereinzelt Handgranaten. Das ist ungewöhnlich in einer Region, in der seit 16 Jahren Bürgerkrieg und Anarchie herrschen und sich in jedem Haus mindestens ein Waffe befindet.

Weil es so ruhig ist, traut sich sogar der Premierminister der Übergangsregierung zurück in die zerschossene Hauptstadt. Wo Ali Mohammed Ghedi auftaucht, rasen mit aufgepflanzten Maschinengewehren bestückte Pritschenwagen voller Polizisten herum, Männer mit Schnellfeuergewehren riegeln die Straße ab.

Ghedi trägt einen dezenten grauen Anzug mit abgeschnittenen Ärmeln, eine grünblaue Krawatte und ein Siegerlächeln. Er hat, am vorvergangenen Sonntag, zu einer Krisensitzung geladen. Mit Unterstützern, aber auch mit Rivalen tagt er im obersten Stockwerk des Hotels Global, wo sich vor der Machtübernahme der Mullahs die „Dance Hall“ befand, ein Saal von überholtem Charme mit Blümchentapete, Plastikblumen und bunten Lampions aus China. Der Bürgermeister ist gekommen, der Polizeichef, Würdenträger, Clanchefs.

Ghedi weiß, dass er möglichst zügig alle potentiellen Unruhestifter an einen Tisch bekommen muss. Schnell könnten die vor fast einem Dreivierteljahr von den Islamisten in die Flucht gejagten Warlords, auf eigene Rechnung marodierende Kriegsherren, versuchen, das Machtvakuum auszufüllen – ihre in Sicherheit gebrachten Waffen wieder hervorholen, Straßenzüge erobern, Zölle eintreiben und rivalisierende Clans terrorisieren. All das eben, was das Land so gründlich ruiniert hat.

„Alle Somalier sollen innerhalb der nächsten drei Tage ihre Waffen abgeben“, sagt Ghedi, „danach werden wir Haus für Haus durchkämmen und verbotene Waffen konfiszieren.“ Seine Übergangsregierung habe „die Äthiopier gerufen, um die islamistischen Terroristen zu vertreiben, weil der Rest der Welt unsere Hilferufe nicht erhört hat“.

Nun werde hoffentlich alles anders, sagt er, vielleicht schon bald kämen Friedenstruppen ins Land, nach Möglichkeit Afrikaner, um die Äthiopier abzulösen und die Sicherheit zu gewährleisten. Die EU stärkte seine Hoffnung, indem sie Ende vergangener Woche eine internationale Militärpräsenz befürwortete. Kenia wurde von der Uno aufgefordert, zivile Flüchtlinge aus Somalia nicht wie zuletzt abzuweisen.

„Äthiopische Truppen werden nur einige Wochen in Somalia bleiben, um der Übergangsregierung bei der Stabilisierung des Landes behilflich zu sein“, verkündete auch Äthiopiens Premier Meles Zenawi, und Ugandas Präsident Yoweri Museveni bot schon einmal eigene Soldaten an. Dass die Äthiopier jedoch freiwillig nach so kurzer Zeit das Nachbarland verlassen, mit dem sie jetzt zum dritten Mal in vier Jahrzehnten Krieg geführt haben, glaubt kaum jemand. Undurchsichtig ist jedenfalls ihre Interessenlage.

Will die Regierung in Addis Abeba einen möglichst schwachen Nachbarn? Einen ka-

* Ex-Präsident Ali Mahdi, Präsident Abdullahi Jussuf, Premier Ali Mohammed Ghedi, Innenminister Hussein Aidid, am 30. Dezember 2006.

putten Staat, der sich in der Hand von kriminellen Banden befindet, der mit sich selbst beschäftigt ist und somit unfähig, Äthiopien gefährlich zu werden?

Wurden die Islamisten also vertrieben, weil sie eine gewisse, wenn auch grausame Ordnung nach Somalia zurückbrachten und auf den Ogaden schielten, jenes erdgasreiche somalische Siedlungsgebiet im Südosten Äthiopiens?

Oder erhofft sich Zenawi eine stabile, ihm wohlgesinnte Regierung, welche die Häfen von Mogadischu und Kismaju für Äthiopiens Güterverkehr öffnet und damit die kostspielige Abhängigkeit vom Hafen in Dschibuti beendet?

Für die erste Variante spricht die auffallend schnelle und offenbar unter äthiopischer Protektion erfolgte Heimkehr der von den Islamisten vertriebenen Kriegsherrn, die Somalia so lange tyrannisierten. Bereits wenige Tage nach der Einnahme Mogadischus ließ sich der als äußerst grausam gefürchtete Milizenchef Mohammed Kanyare Afrah wieder in der Stadt blicken. Und auch Hussein Aidid ist bereits zurück, der Sohn des berühmt-berüchtigten Mohammed Farah Aidid, der einst die Amerikaner bekriegte.

Hussein Aidid gehört zu den wendigen Warlords, die sich rechtzeitig auf die Seite der neuen Regierung geschlagen haben. Er spricht fließend Englisch, seit er Ende der achtziger Jahre in den USA zum Marineinfanteristen ausgebildet wurde. Er residiert in einer der wenigen wunderschönen Villen, die den Feuersturm der vergangenen anderthalb Jahrzehnte unversehrt überstanden haben.

Drei seiner Kinder seien hier, sagt er aufgeräumt, die anderen vier habe er sicherheitshalber im kalifornischen San Diego gelassen, ganz in der Nähe seiner alten Kaserne. Zwar sei es derzeit ruhig in Mogadischu, „aber Sicherheit ist relativ“. Noch immer könne jeder, der wolle, auf dem Bakara-Markt Waffen kaufen.

Hussein Aidid, selbst Innenminister, wird die neue Regierung genau beobachten. Zwar wollten die Menschen endlich Frieden, sagt er, aber ob es auch Frieden gebe, hänge eben in erster Linie davon ab, ob auch alle einflussreichen somalischen Clans im Kabinett repräsentiert seien. Zur Not müsse Präsident Abdullahi Jussuf Ahmed mehr Posten schaffen und „funktionierende Institutionen – Armee, Polizei, Ministerien“.

Und wenn dem Staatschef das nicht gelingt? Wenn Jussuf seinen eigenen Clan der Darod gegenüber den alteingesessenen Sippen aus Mogadischu bevorzugt? Wenn er es nicht schafft, das Misstrauen gegen die Äthiopier zu beseitigen?

„Oh“, sagt Aidid und lacht freundlich, „als letztes Mittel gibt es immer noch die Gewalt. In diesem Land ist alles möglich. Es kann sich in Windeseile in einen zweiten Irak verwandeln.“ THILO THIELKE

LANDOV / INTER-TOPICS

Spanischer Blauhelm-Soldat in Beirut: *„Unsere Truppen können nur für Ruhe sorgen“*

VEREINTE NATIONEN

„Viele dicke Brocken“

Jean-Marie Guéhenno, 57, Vize-Generalsekretär der Weltorganisation, über die Friedensmissionen seiner Truppen und die mangelnde Unterstützung durch die Mitgliedstaaten

SPIEGEL: Während des Kalten Krieges wurden Friedenstruppen der Uno durchschnittlich nur einmal in sieben Jahren eingesetzt, inzwischen beginnt etwa alle sechs Monate eine neue Mission. Droht der Uno die Überforderung?

Guéhenno: Ja, mit Sicherheit. Wir erleben eine immer schnellere Abfolge der Missionen. Wenn ich Militär, Polizei und Zivilisten zusammenzähle, unterstehen heute schon etwa 100 000 Männer und Frauen dem Uno-Kommando. Wenn wir die Verstärkung unserer Mission in Osttimor hinzurechnen, wo wir zu früh abgezogen sind, dazu weitere Soldaten für den Libanon und den möglichen Einsatz in Darfur, dann wären wir bei 120 000 bis 130 000 Einsatzkräften. Nur das Pentagon hat mehr Truppen in aller Welt.

SPIEGEL: Was sind Ihre größten Schwierigkeiten?

Guéhenno: Der Führungsstab hier in New York ist überlastet; es macht Mühe, genügend geeignete Truppen zu finden. Wenn Friedenstruppen eingesetzt werden, dienen sie der Unterstützung eines politischen Prozesses. Es gilt, einem Staat, der zusammengebrochen ist, zu helfen, wieder eine Art Gleichgewicht zu finden. Schnelle Lösungen gibt es dabei nicht. Für diesen politischen Prozess muss es anhaltenden Druck vom Sicherheitsrat geben. Aber die wichtigsten Staaten können sich jedem Problem nur eine begrenzte Zeit widmen.

LIONEL HEALING / AFP

Uno-Vize Guéhenno
„Führungsstab überlastet“

SPIEGEL: Die aktuelle Krise ist also immer die einzige wichtige Krise?

Guéhenno: In Wahrheit gibt es so viele dicke Brocken: Afghanistan, Kosovo, Libanon und viele weitere. Die Aufmerksamkeitsspanne der Öffentlichkeit ist zu kurz.

SPIEGEL: Der Weltgemeinschaft fehlt es also an Geduld?

Guéhenno: Manchmal glaubt die internationale Gemeinschaft, die Uno müsse die Lage stabilisieren, Wahlen organisieren – und das wäre es dann. Wahlen können zwar eine neue demokratische Phase einleiten, aber sie sind noch nicht das Ziel – wie wir etwa in Afghanistan sehen. Die Einsetzung des Parlaments hat die Erwartung geweckt, dass der Staat nun seinen Verpflichtungen nachkommen würde, aber dafür fehlen ihm die Mittel. Es ist gefährlich, Missionen zu früh zu beenden.

SPIEGEL: Wie groß sind denn die Schwierigkeiten in Afghanistan?

Guéhenno: Die Situation ist sehr ernst. Oberstes Gebot dort ist es, Sicherheit zu garantieren. Ohne Sicherheit verlieren die Menschen die Geduld, Enttäuschung über die Regierung macht sich breit, Wunden reißen wieder auf. Für die Afghanen geht es ganz einfach darum, dass